

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Der frustrierte Wähler

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1972) : Der frustrierte Wähler, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 7, pp. 332-333

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134415>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

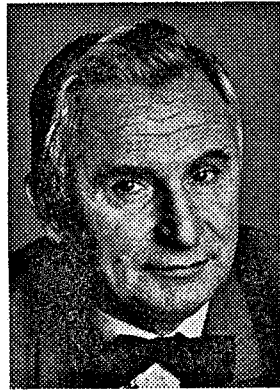
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Der frustrierte Wähler

Wenn man ganz grob bei allen drei Parteien des heutigen Bundestages einen rechten und einen linken Flügel unterscheidet, so läßt sich für beide Flügel aller Parteien die Feststellung treffen, daß sie häufig in Fragen des kulturellen und des wirtschaftlichen Lebens dem Flügel einer andern Partei näher stehen als dem andern Flügel der eigenen Partei. So sehe ich häufig enge Berührungspunkte zwischen dem rechten Flügel der SPD und dem linken Flügel der CDU, dem rechten Flügel der CDU/CSU und dem rechten Flügel der FDP und schließlich zwischen dem linken Flügel der FDP und dem linken Flügel der SPD. Und ich möchte so weit gehen zu sagen, wenn sich die oben genannten Flügel-paare zusammenschlossen – wofür in absehbarer Zeit sicherlich keinerlei Aussicht vorhanden ist –, so würden neue Parteien entstehen, die sich in der politischen Arena in mancherlei Hinsicht deutlicher voneinander abheben würden als die jetzigen.“ Diese Feststellung, die ich bereits Anfang der sechziger Jahre glaubte treffen zu können, ist durch die weitere Entwicklung unserer Parteien bis heute eher bestätigt als widerlegt worden.

Unbestreitbar gilt für die SPD, daß mit der Verstärkung und Radikalisierung linker Gruppen sich auch die Gegensätze zwischen den Flügeln dieser Partei vergrößert haben, ja daß der Marsch durch die Institutionen, den die Jusos angetreten haben, in absehbarer Zeit das Godesberger Programm in Frage stellen muß. Daß dieser Marsch zügig vorangeht und keine bloße Erfindung der SPD-Gegner ist, kann jeder am Verlauf von Bezirksversammlungen und Landesparteitagen beobachten. Es ist bisher völlig unklar geblieben, ob die derzeitige Parteiführung noch in der Lage ist, diese Entwicklung abzustoppen, oder ob sie sich schon darauf eingestellt hat, früher oder später durch ihre radikalen Maschierer in gesellschaftspolitische Abenteuer gestürzt zu werden. Verbale Distanzierungen vom Kommunismus reichen nicht aus, eine solche Gefahr abzuwenden.

Bei der FDP ist zwar der rechte Flügel fast ganz abgebröckelt, doch hat dies nicht verhindert, zum Teil neue innerparteiliche Gegensätze über wirtschafts- und gesellschaftspolitische Fragen entstehen zu lassen. In dieser Partei, die einst in den Wirtschaftswunderjahren erhardianischer war als die CDU/CSU selbst, hält das zur Zeit noch maßgebliche Establishment zwar nach wie vor die Fahne der freien Marktwirtschaft und des Privateigentums hoch, doch ist schon seit längerer Zeit eine nicht eben schwache Gruppe ihrer Jugendorganisation zu hören, deren Reformvorstellungen von Wirtschaft und Gesellschaft mit denen der Jusos ziemlich übereinstimmen. Auch ist es fraglich, ob die in dieser Partei vorherrschenden libertinen Auffassungen von „law and order“ nicht mit dem Staat auch das Funktionieren der „sozialen Marktwirtschaft“ in Frage stellen müssen.

In der CDU/CSU sind die innerparteilichen Divergenzen, insbesondere soweit es nicht um persönliche Machtkämpfe geht, kaum weniger groß. Auch hier gibt es einerseits einen Flügel, der sich superkonservativ national gebärdet und ohne Einsicht in die Unterlassungssünden der Vergangenheit die „soziale Marktwirtschaft“ nach wie vor für den Stein der Weisen hält, andererseits machen sich in

der Jungen Union revisionistische Vorstellungen bemerkbar, die mit dem Godesberger Programm eher vereinbar sind als das, was zur Zeit die linken Wortführer innerhalb der SPD artikulieren.

Wie soll sich aber der Wähler zu einem Zeitpunkt, da alles fließt, entscheiden? Soll er mit der SPD eine Partei wählen, deren Grundsätze wahrscheinlich in wenigen Jahren ganz anders aussehen werden als heute? Die Demission von Bundesminister Schiller könnte solche Vermutung nur bestärken. — Soll der Wähler sich für eine FDP entscheiden, deren bildungspolitische und linksintellektuelle Dominante in krassem Widerspruch zu ihrem wirtschaftspolitischen Konservatismus steht? — Oder soll er einer CDU/CSU zuneigen, deren Mehrheit nichts aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hat und deren Revisionisten noch viel zu schwach sind, als daß mit ihnen in absehbarer Zeit politisch zu rechnen wäre?

Es stellt sich heraus: Die häufig gelobte Entwicklung zum Zwei-bis-Drei-Parteien-System in der Bundesrepublik läßt dem Wähler keinerlei Möglichkeit, zu Fragen der anstehenden Reformen durch seine Stimmabgabe eindeutig Stellung zu nehmen. Das wäre nur möglich, wenn er anstatt zwischen den Parteien zwischen ihren Flügeln wählen könnte. Doch diese Chance wird ihm versagt bleiben. Denn nichts fürchten Parteipolitiker mehr als die persönlichen Ungewißheiten, die eine Parteisplaltung mit sich bringt; und neue Parteien haben es schwer, sich beim Wähler Gehör zu verschaffen.

Das angedeutete Dilemma des Wählers hat nichts damit zu tun, daß mindestens die beiden großen Parteien Volksparteien geworden sind. Ein Zerfall in Parteien, die nur die Interessen einzelner Gruppen vertreten würden, könnte die Hektik der Gruppenkämpfe, in denen unsere Gefälligkeitsdemokratie entscheidungsunfähig und damit todkrank geworden ist, nur verschärfen. Der Ruf nach „Klassenparteien“ ist nichts als der ideologische Versuch Linksintellektueller, um der eigenen destruktiven und illusionären Ziele willen aus der Not eine Tugend zu machen. Ihre Ideologie ist ein Rückfall ins 19. Jahrhundert.

Damals, in der Phase der sich entfaltenden kapitalistischen Industriegesellschaft, hat die über Generationen gleichbleibende Erlebniswelt großer sozialer Gruppen, die dann als Klassen bezeichnet wurden, dazu geführt, daß deren unterschiedliches Weltbild aus der unterschiedlichen Klassenlage stammte. Demgegenüber ist heute mit den Klassen auch die Identität von Klassenlage und Erlebnishorizont völlig verschwunden. Die Erinnerung an das „Dritte Reich“, die Entzauberung der marxistischen Ersatzreligion durch die kommunistische Wirklichkeit, die allgemeine Steigerung des Lebensstandards, die Vorherrschaft des Prestigekonsums bei starker Einkommens- und Vermögensdifferenzierung, die Sicherheit vor Arbeitslosigkeit, die Auflösung der Klasseninteressen in Gruppeninteressen von unterschiedlicher Frontenstellung und nicht zuletzt die verwirrende Wirkung der Massenmedien haben die Erfahrungs- und Erwartungshorizonte der vorhandenen Gruppen gerade durch ihre Vielfältigkeit weitgehend angeglichen.

Die Unterschiede im Weltbild sind heute zwischen den Generationen größer als zwischen den sozialen Gruppen. Doch setzt sich bei allen, wenn auch mit unterschiedlichem Ausmaß, die Überzeugung durch, daß in unserer Gesellschaft alles möglich und alles erlaubt ist und daß es daher genügt, wenn sich jeder mit der Vertretung seiner eigenen Interessen befaßt. Dieser Illusion treten alle Parteien, wenn überhaupt, nur mit halbem Herzen entgegen.

So bleibt ungetan, was nur gemeinsam getan werden kann. Denn alle Probleme, deren Lösung infolge der Meinungs- und Interessenkämpfe nicht vorankommen, sind Fragen, von denen auf längere Sicht die Existenz aller abhängt.

Was der Wähler brauchte, wären Parteien, die klare Konzeptionen von den anstehenden Teilreformen und von ihrer Abstimmung aufeinander als Alternativen zu bieten hätten, und daß mindestens eine Partei den Mut zur ganzen Wahrheit fände. Dann hätte der Wähler wenigstens die Chance der Wahl, die ihm heute fehlt. Denn wie soll man heute zwischen Parteien wählen, deren Charakter diffus und deren künftiges Tun ungewisser ist denn je. So bleibt nur übrig, entweder ins Ungewisse die gleiche Partei zu wählen wie bisher oder aus Protest gegen die Verwaschenheit der Alternativen einen weißen Zettel abzugeben.